

# Antrag

des Abgeordneten Kunasek  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend Verwendung eines Teiles der Rücklagen aus dem Heeresbudget zur Sa-  
nierung von Unterkünften des Österreichischen Bundesheeres

**eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage betreffend „Par-  
teipolitik und Assistenzeinsatz“ in der 67. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP,  
am 20. Mai 2010.**

Der Bericht der Volksanwaltschaft 2009 berichtet unter Punkt 6.9.1.1.1. „Bauzustand  
der Unterkünfte in den Kasernen des Österreichischen Bundesheeres“ folgendes:

*„Bereits im 32. Bericht über die Tätigkeit der Volksanwaltschaft im Jahr 2008 an den  
Nationalrat und Bundesrat (S. 289 ff) wurde auf teilweise schlechte Wohn- und Hygi-  
enestandards in Kasernen aufmerksam gemacht. Dieser Eindruck hat sich nach wei-  
teren Besichtigungen von Mannschaftsunterkünften im abgelaufenen Berichtsjahr  
verfestigt. Die Volksanwaltschaft hat das zuständige Bundesministerium über ihre  
Wahrnehmungen im Detail in Kenntnis gesetzt und abermals gefordert, dass in Er-  
gänzung bereits in Angriff genommener oder vor kurzem abgeschlossener Neubau-  
projekte auch ein verstärkter Abbau des über Jahrzehnte aufgelaufenen Sanierungs-  
bedarfes geboten wäre. Der Bundesminister für Landesverteidigung und Sport teilte  
dazu mit, dass auf Grundlage der Studie "Finanzbedarfkaserne 2010" ein Investiti-  
onsvolumen von mehr als einer Mrd. Euro notwendig wäre, um Kasernen in einen  
zeitgemäßen Neubaustand zu bringen. Eine Prioritätensetzung zur Verbesserung der  
Infrastruktur sei zwischenzeitig zwar erfolgt, könne aber aus dem regulären Budget  
nur schrittweise realisiert werden.*

*Aufstellungen über getätigte Investitionen der Jahre 2008 und 2009 im Bereich der  
Infrastruktur wurden der Volksanwaltschaft vom geprüften Ressort zur Verfügung  
gestellt. Die Volksanwaltschaft anerkennt auch die Bemühungen der letzten 3 Jahre,  
in denen 311 Millionen € in diverse Bauvorhaben und Strukturerneuerungen inves-  
tiert wurden. Um Missständen, welche die Akzeptanz und Attraktivität des auf der  
allgemeinen Wehrpflicht beruhenden Bundesheeres beeinträchtigen, nachhaltiger  
begegnen zu können, müsste die Sanierung von Mannschaftsunterkünften in den  
nächsten Jahren aber deutlich forciert werden.*

*Die Volksanwaltschaft empfiehlt der Bundesregierung eine Sonderfinanzierung im  
Umfang von 350 Millionen € für die Sanierung von Unterkünften in den Budgetjahren  
2010 - 2014 zur Verfügung zu stellen.“*

Die APA berichtete am 11. Mai 2010 unter APA178 folgendes:

**„Assistenzeinsatz: Darabos beharrt auf Verlängerung BILD  
Utl.: Fekter: "Zahlen tut das der Verteidigungsminister" =**

*Wien (APA) - Im koalitionären Konflikt um die Verlängerung des Assistenzeinsatzes  
über 2010 hinaus hat sich Verteidigungsminister Norbert Darabos (S) am Dienstag  
vor dem Ministerrat auf eine Fortführung des Einsatzes festgelegt. Wenn das poli-  
tisch gewünscht werde, und davon gehe er aus, werde er die Verlängerung des  
Assistenzeinsatzes aus dem Heeresbudget bezahlen, verwies Darabos auf 140 Milli-  
onen Euro an Rücklagen, die er in den letzten zwei Jahren gebildet habe. (...)*

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

**Entschließungsantrag**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Landesverteidigung und Sport wird aufgefordert, gemäß den Empfehlungen der Volksanwaltschaft einen Großteil der in den letzten zwei Jahren gebildeten Rücklagen von 140 Millionen Euro für die dringend notwendige Sanierung von Unterkünften zu verwenden.“

Handwritten signatures of several members of the National Council. The signatures are in black ink and include names such as "Karl-Heinz Lang", "Karl-Heinz Lang", "Karl-Heinz Lang", "Karl-Heinz Lang", and "Karl-Heinz Lang". A date "20/5/19" is written in the upper right corner of the signature area.